



Vernehmlassung

Liestal, 19.01.2017

Änderung des Bildungsgesetzes zur Umsetzung der Motion 2016-017 „Verfassungskonforme Entscheidungen – Abschaffung Bildungsrat“

Die BDP dankt für die Möglichkeit, zur Änderung des Bildungsgesetzes bezüglich der Abschaffung des Bildungsrates Stellung zu nehmen.

Der Bildungsrat ist mit Vertretern aus Bildung, Wirtschaft und Politik ein breit abgestütztes und bewährtes Gremium. Mit seinem fundierten Wissen und der Nähe zu allen Interessens- und Anspruchsgruppen bietet er Gewähr, dass seine Entscheide bildungspolitisch reflektiert, bevölkerungsnah und bedürfnisgerecht sind. Der Bildungsrat ist unabhängig von den vierjährlich stattfindenden Wahlen. Seine Arbeit findet somit auf einer längeren, vor allem beständigeren Basis statt. Der Bildungsrat garantiert zudem auch eine parteiunabhängige Haltung und Wertung.

Gemäss der vorgeschlagenen Änderung des Bildungsgesetzes soll der Regierungsrat in alleiniger Kompetenz über Lehrpläne, Stundentafeln und verwendete Lehrmittel entscheiden. Das für die BKSD zuständige Regierungsratsmitglied wird, zumal noch neu, stark von der Bildungsverwaltung und deren Mitarbeitern geprägt. Der Vorschlag, einen ‚Beirat Bildung‘ als beratendes Gremium zu bilden, ist Augenwischerei. Das Regierungsratsmitglied erhält mit der Änderung des Bildungsgesetzes eine zu starke Machtkonzentration in Bezug auf die Regelung und Beschlussfassung gewichtiger Bildungseckwerte. Diese Entscheidungskonzentration und Verwaltungsabhängigkeit entspricht nicht den im schweizerischen Bildungswesen vorherrschenden demokratischen Strukturen. Bildung ist ein gesellschaftspolitisches Thema und nicht Verwaltungsache. Unser Bildungswesen muss von allen Anspruchspersonen getragen werden. Dies ist mit einem beratenden Gremium ‚Beirat Bildung‘ nicht mehr möglich.

Zur Zusammensetzung des vorgesehenen, neuen Gremiums:

Die Lehrpersonen sind insgesamt mit 5 Sitzen vertreten, was die Hälfte des Gremiums ausmacht. Schon dies allein zeigt, dass eine ausgewogene Zusammensetzung absolut nicht gewährleistet ist. Vertreter aus der Wirtschaft, der Politik, ggf. auch Wissenschaft, Forschung und Elternschaft wären deutlich untervertreten.

Wie sich die Bildung künftig weiterentwickeln wird, ist eine wichtige gesellschaftliche Frage. Die Entscheidungsbefugnis gehört nicht alleine in die Hände eines Regierungsrates. Die Stimmbevölkerung hat 2011 und 2016 eine Verschiebung von Aufgaben vom Bildungsrat weg an den Landrat abgelehnt und damit indirekt den Bildungsrat und seine Aufgaben bestätigt.

Wir halten es für demokratisch fragwürdig, ja sogar unvertretbar, nach so kurzer Zeit ein weiteres Mal die Aufgaben des Bildungsrates in Frage zu stellen. Die BDP lehnt eine Änderung des Bildungsgesetzes und damit die Abschaffung des Bildungsrates ab.

Bürgerliche Grüsse
BDP Basel-Landschaft

Marc Bürgi
Präsident
Einwohnerrat
079 750 67 62

Doris Vögeli
Parteistab, Ressort BKSD
Präsidentin Schulrat Reinach
077 433 96 80